



HESSISCHER LANDTAG

20. 10. 2022

WKA

Dringlicher Berichts Antrag Fraktion der Freien Demokraten Fraktion der SPD

Streit zwischen Land und Rhön AG führt zu massiver Verunsicherung – Lösung nicht in Sicht

Wissenschaftsministerin Angela Dorn hat mehrfach erklärt, dass die Verhandlungen über die Anschlussvereinbarung zum Zukunftspapier von 2017 zur Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin für das Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM), das von Seiten der Rhön AG gekündigt wurde, intensiv auch auf Spitzenebene geführt werden. Der Streit zwischen Land und Betreiber führt zu einer erheblichen Verunsicherung der Beschäftigten und der ganzen Region.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Vorzeichen für weitere Verhandlungsrunden mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden ein?
2. Haben die Betreiber des UKGM und die Landesregierung jemals ein außergerichtliches Schlichtungsverfahren angestrengt, um strittige Fragen zur Finanzierung oder Förderung des Klinikums zu klären?
 - a) Wenn ja, welches Ergebnis hatte dieses Schlichtungsverfahren?
 - b) Wenn nein, warum hat man sich gegen ein solches Verfahren entschieden?
3. Besteht die Bereitschaft auf beiden Seiten, derartige Streitstände im Rahmen eines außergerichtlichen Schlichtungsverfahrens beizulegen?
Wenn die Antwort für die Landesregierung nein lautet, was spricht aus der Sicht der Landesregierung gegen ein außergerichtliches Schlichtungsverfahren?
4. Worin sieht die Landesregierung ihre Rechtsposition begründet, dass dem UKGM keine Investitionsmittel zustehen?
5. Inwiefern ist gerechtfertigt, dass das Land Hessen das UKGM nicht in vergleichbarem Maße für die Bewältigung pandemiebedingten Mehraufwandes entschädigt wie das Universitätsklinikum Frankfurt, das erst kürzlich mit rund 48 Mio. € unterstützt wurde?
6. Wann fanden die letzten Gespräche auf Spitzenebene statt und mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten?
7. An welchem Punkt stehen die Gespräche über die Anschlussvereinbarung?
8. Wie beurteilt sie die Chance bis zum Jahresende eine Anschlussvereinbarung auf der Basis des Letter of Intent zu erzielen?
9. Hält sie an den im Letter of Intent vereinbarten Positionen fest?
10. Welche Schritte plant sie für den Fall, dass keine Anschlussvereinbarung zustande kommt?
11. Wie beurteilt sie die Möglichkeit eines Rechtsstreits?
Wie könnte ein Rechtsstreit aus ihrer Sicht aktuell noch vermieden werden?

Wiesbaden, 20. Oktober 2022

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph